

## Pressemitteilung

15. Jan. 2010/re

### Kopfschütteln in der Landeshauptstadt

### SPD-Ratsfraktion : Amtliche Luftverschmutzung

### Umweltminister Sander fährt rückwärts - zwei Jahre Schonfrist für Dieselaautos

„Wann wird die umweltpolitische Geisterfahrt von Landesumweltminister Hans-Heinrich Sander eigentlich gestoppt?“ fragt sich der umweltpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Manfred Müller nach Bekanntwerden des Erlasses gegen die hannoversche Umweltzone. Der Rat der Landeshauptstadt hatte am 12. Juli 2007 einen Luftreinhalteaktionsplan beschlossen, nachdem das Land die Aufgabe den Kommunen übertragen hatte. Sein Umweltministerium hatte den Luftreinhalteplan mit Umweltzone, der auf Vorgaben aus Brüssel von 1996 und 2005 beruht, weitestgehend vorbereitet, bis wegen der nahenden Landtagswahl der Umweltminister kalte Füße bekam und die Zuständigkeit den Kommunen überließ.

Mit dem Erlass erhofft sich der Umweltminister einen zweijährigen Aufschub für Autos mit gelber Plakette. „Nun dürfen diese Dieselstinker wieder mit amtlicher Genehmigung des Umweltministers die hannoversche Luft verpesten!“ schüttelt Fraktionsvorsitzende Christine Kastning den Kopf. Sie fragt sich, was diesen Umweltminister antreibt, der bei der Abgabe der Aufgabe an die Kommunen selbst festgestellt hatte, das die Kommunen selbst am besten wüssten, was ihren Mitbürgern gut tue.. Nach vielen Diskussionen um Regeln und Umfang der Umweltzone sind seit der Einführung 2 Jahre vergangen. Jetzt beim Übergang am 1.1.2010 zur letzten Stufe, der grünen Plakette, sind 95 Prozent der hannoversche Fahrzeuge mit einer grünen Plakette ausgestattet, die meisten anderen haben eine der großzügigen Ausnahmegenehmigungen bekommen.

#### Weitere Informationen

Christine Kastning, Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Hannover

Friedrichswall 15, 30159 Hannover

Fon: 0511-168-45310 \* Fax: 0511-168-43624 \* [Christine.Kastning@Hannover-Rat.de](mailto:Christine.Kastning@Hannover-Rat.de)

„Der sich richtig verhaltende Bürger ist wieder einmal der dumme,“ resümiert die Fraktionsvorsitzende. „Oder bekommen jetzt all die ihr Geld vom Land zurück, die sich aufgrund der Rechtslage rechtzeitig ein neues Auto gekauft haben, einen Russfilter installierten oder eine gebührenpflichtige Ausnahmeregelung beantragt haben. Die weit überwiegende Mehr der Hannoveraner hat die Umweltzone akzeptiert, weil sie wirklich die Atemluft in dieser Stadt verbessert hat,“ stützt sich die Fraktionsvorsitzende auf Aussagen des Umweltbundesamtes.

Die Ansichten und Begründungen von Umweltminister Sander sind schwer nachzuvollziehen. Er beruft sich auf eine Untersuchung des Umweltbundesamtes zu den Stickoxiden und auf die Grüne Welle bei den Ampelschaltungen.

Gerade beim letzten Argument steht er auf sehr dünnen Eis. Dazu hätte er nur das Urteil vom Verwaltungsgericht Hannover vom 21.4.2009 zu Rate ziehen brauchen. Zwei Kläger wollten mit Hilfe des ADAC die hannoversche Umweltzone kippen und behaupteten, die Feinstaubwerte würden sich mit Einführung einer Grünen Welle in Hannover um 30 Prozent verbessern. Der von Herrn Sander jetzt ebenfalls als Zeuge berufene Prof. Friedrich von der TU Braunschweig konnte vor Gericht diese Aussage nicht beweisen, so dass das Gericht die Forderung nach einer Grünen Welle zurückgewiesen hat. Im Übrigen wurde die Arbeit der Landeshauptstadt vollumfänglich bestätigt. Im derzeit anhängigen Oberverwaltungsgerichtsverfahren spielt die Grüne Welle nun plötzlich keine Rolle mehr.

Der zweite Punkt der Sanderschen Begründung beruft sich auf eine Studie des Umweltbundesamtes zu Russfiltern für Dieselfahrzeuge. Dabei befürwortet das Umweltbundesamt den Einsatz von Russfiltern bei Dieselfahrzeugen. Die Werte für Stickoxide würde sich zwar teilweise bis zu 60 Prozent erhöhen, dafür würden sich aber die Emissionen von Kohlenmonoxid, Kohlenwasserstoff sowie der durch die Umweltzone besonders erfassten Partikelemissionen um bis zu 90 Prozent reduzieren.

Nun zu behaupten, die Partikelemissionen, die ursächlich waren zur Einführung einer Umweltzone in der Landeshauptstadt, spielten keine Rolle mehr, weil die Grenzwerte ja

#### Weitere Informationen

Christine Kastning, Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Hannover  
Friedrichswall 15, 30159 Hannover

Fon: 0511-168-45310 \* Fax: 0511-168-43624 \* [Christine.Kastning@Hannover-Rat.de](mailto:Christine.Kastning@Hannover-Rat.de)

plötzlich eingehalten werden, ist ein Schlag ins Gesicht aller, die hier am Thema gearbeitet haben.

Weitere Informationen erhalten Sie bei der Fraktionsvorsitzenden  
Christine Kastning, Tel. 0172 4478023 oder dem umweltpolitischen Sprecher Manfred  
Müller, Tel. 0170 5636136.

Weitere Informationen

Christine Kastning, Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Hannover  
Friedrichswall 15, 30159 Hannover  
Fon: 0511-168-45310 \* Fax: 0511-168-43624 \* [Christine.Kastning@Hannover-Rat.de](mailto:Christine.Kastning@Hannover-Rat.de)